

# Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.  
 Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262  
 Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer, Berlin  
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148  
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
 Schriftsätze ohne Freimschlag werden nicht zurückgesandt  
 Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

## Das große Übel

Um die Jahreswende hat ein Vertreter der Londoner News Chronicle, Mr. J. L. Hodson, die Arbeitslosigkeit sowie die Maßnahmen gegen sie in allen wichtigen Ländern Europas studiert. Bei der Rückkehr nach England faßte er seine Erfahrung in einem Schlußaufsatz zusammen, worin er den jetzigen Zustand der Welt „den großen Krieg von 1933“ nannte. Man fände, so erklärte Mr. Hodson, bei dem führenden Stab der Länder in Sachen der Arbeitslosigkeit noch oft genug einen argen Mangel an wissenschaftlicher Erkenntnis, ein Hängen an überlebten Ideen sowie eine geistige Unzulänglichkeit für die zu lösende Aufgabe, während sich die leidende Masse heldenhaft halte, besonders die Frauen.

Eine weitere Bestätigung für die gekennzeichnete Beschaffenheit des führenden Stabes wurde gleich darauf im Unterhaus geliefert. Dort stand abermals in mehreren Sitzungen die Arbeitslosigkeit oder ihre Eindämmung zur Debatte. In deren Verlauf erklärte der Schatzkanzler Chamberlain dem hohen Hause, das begierig auf Vorschläge oder einen Plan zur Milderung des großen Übels wartete, seine nennenswerte Verringerung sei in den nächsten zehn Jahren kaum zu erwarten. Darob gab es bis weit in die Regierungsbänke hinein Enttäuschung und Aufregung, die dann der konservative Abgeordnete Churchill mit drastischer Geste und ranzigem Wort unterstrich. Der Sprecher des Kabinetts versuchte die üble Wirkung seiner Erklärung zu mildern, womit aber der peinliche Eindruck nicht verwischt werden konnte, daß die Regierung noch immer keinen Vorschlag oder Plan hat, dem großen Übel wirksam zu Leibe zu gehen.

England wurde eher als irgendein anderes Land von der Wirtschaftsnot heimgesucht. Als andere Länder sich noch einer gewissen Wirtschaftsblüte erfreuten, von 1921 an, ist die englische Arbeitslosenzahl in Zickzacklinie zwar, aber ständig himmelwärts gegangen. In dieser Zeit ist man zwar fleißig dabei gewesen, die Arbeitslosigkeit hinweg zu sprechen oder die Prosperität herbei zu sprechen, und damit dem Zeitvertreib der Erfolg nicht versagt bleibe, hat man zuweilen mit weißer Salbe und Patentmedizin nicht gespart. Zur besseren, zur heilsameren Tat indessen hat es noch nicht gereicht, ja es haperte sogar mit ihrer geistigen Vorbereitung bedenklich. Das ungeduldige Publikum wurde und wird damit vertröstet, daß besonders Britanniens Wirtschaftsnot ein Teil der Weltkrise sei und daß ohne diese jene nicht zu beheben sei. Wobei jedoch vergessen wird, daß die Weltwirtschaftskrise sich aus den nationalen Einzelkrisen zusammensetzt und daß die Behebung der allgemeinen Krise schwerlich ohne die Behebung der Einzelkrisen geschehen kann. Es ist in dieser Sache wie mit der Wohltätigkeit: sie hat daheim zu beginnen.

An Heilrezepten für die Weltkrankheit fehlt es bekanntlich nicht. Fast jeder Krisendoktor hat eins. Die Rezepte sind beinahe so zahlreich wie die Ansichten über die Ursache der Krankheit. Auch hier hat jeder Fachgelehrte so etwas wie eine eigene Theorie. Bei der Musterung der Theoriefabrikanten nimmt man mit Erstaunen wahr, wie wenige von ihnen im Grunde über den nun neunzig Jahre toten de Sismondi hinausgekommen sind. Unter den Nachtretern dieses französischen Nationalökonom und Historikers findet man gelehrte Häuser aller Nationen und Schulen. Das soll kein Vorwurf sein, aber es kann wohl auch kein Beweis für die schöpferische Geistigkeit der Fachleute unserer Zeit, der viel komplizierteren Gegenwart, sein, und vielleicht ist hierin die Ursache mit zu suchen, daß heute selbst die Krisentheorie in einer Krise ist, und in keiner geringen.

Wenn nun schon die Diagnostiker, in der Hauptsache wenigstens, verzweifelt uneins sind, kann es nicht wundernehmen, daß auch die praktischen Ärzte nicht zu Rande kommen. Wo ihre Medizin geschluckt wurde, hat es allerhand, nur keine Besserung gegeben. Aber während sich die internationale Gilde der Zunftgelehrten über die Ursache der Weltkrise und ihre Heilung streitet, hat sich weit herumgesprochen, daß das große Problem bei weitem nicht so schwierig ist, als sie, die gelehrte Gilde, anzunehmen scheint: daß nämlich die weltweite Wirtschaftsnot mit ihrem üblen Drum und Dran vornehmlich nicht in dem Mangel an Lebensgütern besteht, wohl aber in dem Mangel an Fähigkeit, eine Überfülle von Lebensgütern zu verteilen. Man weiß heute wohl, wie die hauptsächlichste Vorbedingung der Wohlfahrt, die Fülle von Waren, zu erfüllen ist, aber man weiß nicht, sie in Wohlfahrt umzuwandeln. Und es hat sich weiter herumgesprochen, daß diese Umwandlung am ehesten durch die Steigerung der Massenkaufkraft geschehen kann.

Steigerung der Massenkaufkraft! So einfach das klingt, so schwierig ist es, dem Rechnung zu tragen. Um sich dieser Aufgabe, dieser Unerläßlichkeit zu entziehen, werden alle möglichen Ausflüchte, Theorien und Irrwege gemacht, wird weiße Salbe in Masse erzeugt und heftige Streite entfacht, wodurch das große Übel natürlich nur verschlimmert wird, so daß schließlich doch noch, dann aber viel radikaler, als heute nötig wäre, in die gegenwärtige Wirtschaftsordnung hineingegriffen werden muß.

Das heftige Sträuben, an die Steigerung der Massenkaufkraft zu gehen, wird verständlich, wenn man weiß, daß es nichts anderes als die Erhöhung des Lohnes bedeutet. Gerade weil man zuviel für die Erweiterung der Produktion verwannte und zu wenig für den Verbrauch, wurde der Produktionsapparat zu sehr vergrößert, stieg die Warenfülle, und diese konnte nicht, weil es der Käufermasse an Geld fehlte, abgesetzt werden. Der Mangel an Absatz bewirkte die Stilllegung der Betriebe und die Entlassung von Millionen Arbeitern, bewirkte die Arbeitslosigkeit, die Wirtschaftskrise.

Es muß infolgedessen damit begonnen werden, den Lohn zu steigern. Es muß mehr für die Arbeitermasse und weniger fürs Kapital verwandt werden. Es muß das arge Mißverhältnis zwischen Arbeitslohn und Warenpreis gemildert, beseitigt werden. Der Arbeiter muß für eine Stunde Arbeit soviel Geld erhalten, damit er damit sein Arbeitsprodukt der Stunde kaufen kann.

Das ist, wie man zu sagen pflegt, in einer Nußschale das Problem der Wirtschaftskrise und ihrer Behebung. Solange dies nicht klar erkannt und entsprechend gehandelt wird, ist an eine Beseitigung der wirtschaftlichen Not, der Verelendung der Arbeiter- und Bauernmasse nicht zu denken.

Angesichts der Schwere oder Tiefe der Krise ist es in Sachen der Steigerung der Massenkaufkraft, das ist in

der Steigerung der Löhne, mit homöopathischen Dosen nicht getan. Mit dieser Binsenwahrheit scheint man sich noch nicht abfinden zu wollen. Selbst wenn es, beispielsweise, gelänge, eine Million Arbeitslose in den Produktionsprozeß einzuschalten, würde sie bald wieder entlassen werden, wenn sie nicht so hoch entlohnt würde, daß sie die von ihr hergestellten Produkte kaufen kann. Ohne eine solch hohe Entlohnung würde ja die neuangestellte Million Arbeiter bloß die Fülle der unverkäuflichen Waren erhöhen, nicht aber zur Verringerung des Absatzmangels beitragen. Es muß also, um es noch einmal zu betonen, der Lohn erhöht, bedeutend erhöht werden; es muß das Mißverhältnis zwischen Produktionsfähigkeit und Kaufkraft gemildert, ausgewischt werden, ehe füglich eine wirkliche Beseitigung des großen Übels erwartet werden kann.

Mit dieser Tatsache hat sich bisher weder die englische Regierung noch eine andere befreundet. Darzulegen, warum das nicht geschehen ist, würde zu viel Platz beanspruchen. Und die englische Regierung hat bei der mehrtägigen Debatte im Unterhaus nicht zu erkennen gegeben, daß sie anderen Sinnes geworden ist. Eher muß man annehmen, daß sie auch weiterhin Geld und Kraft für weiße Salbe, für Versuche ausgibt, die den Glauben erwecken, es werde tatsächlich etwas gegen das große Übel getan. Und solange nicht ernstlich und wirksam in jedem einzelnen Lande in der geschilderten Weise mit der Behebung der Krise begonnen wird, wird es auch keine Milderung der Weltkrise geben. Daß für deren Milderung nirgends ein echtes Zeichen zu finden ist, wird an anderer Stelle dieser Zeitung zahlenmäßig noch dargetan.

## Die Übersetzung des Handels

Die Hauptgemeinschaft des Einzelhandels meldete kürzlich ihre Wünsche und Forderungen an, die sie zugunsten des Handels erfüllt sehen möchte. Als Vertretung des Handels möchte sie für den Einzelhandel soviel wie möglich erreichen: steuerliche und andere Begünstigungen, vor allen Dingen aber Schutz vor der Konkurrenz der Großbetriebe, die da sind: Warenhäuser, Einheitspreisläden usw., und die Einschränkung des Zutritts in den Handelsstand durch gesetzliche und steuerliche Erschwerung der Neugründung von Handelsbetrieben.

Jene Forderungen gehen vor allen Dingen davon aus, der Handel sei zur Zeit übersetzt, und daher sei es die Aufgabe des Staates, zum ersten einer weiteren Ausdehnung des Handelsstandes Einhalt zu gebieten, zum andern aber die Folgen jener Übersetzung, soweit möglich, von den Schultern des Handelsstandes zu nehmen.

In welchem Sinne ist aber der Handel übersetzt? Daß in einer Zeit, wo die Umsätze im Einzelhandel um mehr als ein Drittel niedriger sind als in der Zeit der guten Konjunktur, die schon bestehenden Handelsgeschäfte bereits zuviel sind, kann keinem Zweifel unterliegen. Indessen sind in diesem Sinne alle Produktionszweige übersetzt. Wird doch zum Beispiel die Leistungsfähigkeit der Produktionsmittelindustrien gegenwärtig nur zu einem Drittel ausgenutzt, und was die Landwirtschaft betrifft, so kann man auch hier von einer Übersetzung in dem Sinne reden, als ein Teil der landwirtschaftlichen Produkte keinen Absatz (oder einen Absatz nur zu Verlustpreisen) findet. Dennoch wird jetzt unter dem Zwang der Verhältnisse die Erweiterung der Stedlungstätigkeit in großem Maßstab angestrebt, das heißt die landwirtschaftlichen Arbeitsstellen sollen noch stark vermehrt werden. Daß der Arbeitsmarkt für Arbeiter und Angestellte übersetzt ist, darüber braucht man kein Wort zu verlieren.

Nun gibt es im Handel eine Übersetzung im Sinne des Strukturellen, das heißt es gab Wandlungen im Aufbau des Handels, die zu dessen übermäßiger Ausdehnung führten. Der Krieg mit seinem Warenmangel, die nachfolgende Inflationszeit mit ihrem Warenhunger — konnten doch damals die Waren im In- und im Ausland mühelos abgesetzt werden —, die geringen Kapitalkosten bei Einrichtung von Handelsbetrieben (auch durch Inanspruchnahme billiger Kredite) begünstigten die Ausdehnung des Einzelhandels. In derselben Richtung wirkte der Verlust der Vermögen der Rentnerschichten durch die Inflation, die ebenfalls zur Gründung zahlreicher Läden seitens der Angehörigen der früheren Rentnerklassen Anlaß gab. Frühere Angestellte gründeten mit ihrem Sparkapital oder den Abfindungssummen, die sie erhielten, oder mit andern Mitteln Handelsbetriebe, während die Freisetzung von Arbeitern vorwiegend die Zahl der Straßen- und Markthändler vermehrte.

Diese Zunahme der Handelsbetriebe war nun zum Teil auch wirtschaftlich begründet. Während nämlich die Maschine in der Fabrik und im Kontor Arbeitskräfte in größtem Umfang freisetzte, boten sich für den Handel manche neue Gelegenheiten der Betätigung. Es entstanden neue Bedürfnisse, zu deren Befriedigung der Handelsapparat erweitert werden mußte. Die elektrotechnische Industrie, das Radio, der Sport usw. ließen einen Bedarf nach neuen Handelsbetrieben aufkommen. Darüber hinaus liegt es jedoch im Wesen der technischen Rationalisierung, daß sie bei gleichzeitiger Freisetzung den

Spielraum für den Handel erweitert. Der technische Fortschritt in der Industrie führt zur Massenproduktion. Die Massenprodukte müssen ihre Kunden in weitem Umkreis aufsuchen, was zur Erweiterung des Handelsapparates beitrug. Zwar bereitete der Werkhandel der Großbetriebe dem Einzelhandel auf manchen Gebieten eine starke Konkurrenz, dennoch löste der technische Fortschritt im Endergebnis die Tendenz zur Erweiterung des Verteilungsapparates aus. Dies darf nicht außer acht gelassen werden, wenn von der strukturellen Übersetzung des Handels die Rede ist.

Es gibt jedoch eine Übersetzung des Handels auch in einem vierten Sinne, und wir glauben wohl, daß die gegenwärtigen Bestrebungen des Einzelhandels vor allen Dingen darauf Bezug haben. Die Angehörigen des Einzelhandels erhoben stets darauf Anspruch, eine mittelständische Lebenshaltung zu führen, ihre Kinder entsprechend zu erziehen und darüber hinaus ein den mittelständischen Vorstellungen entsprechendes Vermögen anzusammeln. Dieses Lebensniveau des Handels wurde bereits bedroht, als die Konkurrenz in den Handel ihren Einzug hielt. Die mittelständischen Handelsbetriebe verzichteten auf Grund eines stillschweigenden Abkommens, das ihnen den Charakter eines unsichtbaren Kartells verlieh, auf Konkurrenz. Sie nahmen davon Abstand, einander zu unterbieten, da sie wußten, daß dies die Grundlagen der mittelständischen Lebenshaltung zerstören muß. Erst der Einbruch der Warenhäuser machte dem mehr oder weniger ein Ende. Was Wunder, daß nun ein Einschreiten gegen diese Störer des unsichtbaren Kartells verlangt wird.

So begrifflich daher die Bestrebungen des Einzelhandels sind, aus dem klein gewordenen Kuchen ein größeres Stück herauszuschneiden, so wird freilich eine volkswirtschaftliche Betrachtung dieser Frage die Forderungen nicht ohne weiteres bejahen können, zumal noch gar nicht ausgemacht ist, daß ihre Erfüllung dem Einzelhandel selbst jene Vorteile bieten würde, die er von ihnen erwartet. Dagegen könnte sie wohl volkswirtschaftliche Schäden zur Folge haben.

Die volkswirtschaftliche Betrachtung darf nämlich den Produzenten und den Verbraucher ebensowenig vernachlässigen wie den Einzelhandel, und, angesichts der gewaltigen Arbeitslosigkeit, muß er sich auch von arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten leiten lassen. Maßnahmen, die unliebsame Konkurrenz dem Einzelhandel vom Halse halten wollten, könnten sowohl die Produzenten als auch die Verbraucher treffen. Würde eine Abdrosselung der Konkurrenz vollständig gelingen, so müßte der Verbraucher die Kosten einer Verteuerung der Waren allein tragen, was freilich sehr unerwünscht wäre. Da es aber nicht anzunehmen ist, daß eine Abwürgung der Konkurrenz gelingt, so muß man befürchten, daß neben den Verbrauchern auch die Produzenten in Mitleidenschaft gezogen werden müßten.

### Aus dem Inhalt

	Seite
Das große Übel — Die Übersetzung des Handels	73
Die Gewerkschaften	74
Die Mutter als Wegbereiterin — Auch ein Rekord	75
Die sächsischen Gewerkschaften im Strudel	76
Die internationale Arbeitslosigkeit — Margarine als Profitquelle	77
Zur Rechtschreibungsreform — Schriften	78

# Die Gewerkschaften

## Ihr Wesen, Tätigkeit und Bestreben

### I.

Gewerkschaften sind dauernde Verbindungen von Lohnarbeitern zur Verbesserung der Bedingungen des Arbeitsverhältnisses.

Von dieser schlichten Erklärung des Begriffes Gewerkschaften muß ausgehen, wer sich Rechenschaft geben will über ihr Wesen und ihre Tätigkeit. Alle Lebensäußerungen der Gewerkschaften, alle Züge ihres Wesens und ihrer Gedankenwelt werden geformt von dem Zweck ihres Daseins, der in dieser Begriffsbestimmung zum Ausdruck kommt. Nur von diesem Zweck geleitet, wählen die Gewerkschaften in voller Freiheit, jeden wesensfremden, dem Zwecke nicht gemäßen Einfluß bewußt ablehnend, die Mittel und Methoden zur Erfüllung ihrer Aufgabe. Dieser Zweck und seine Verwirklichung ist für die Gewerkschaften „der Maßstab aller Dinge, der Richtweiser für die Ziele, die sie sich im einzelnen setzen, der Prüfstein für die Güte der Methoden und taktischen Bewegungen, denen sie sich in ihren Kämpfen bedienen, der Einrichtungen, die sie in ihrem Bereich schaffen“. (Leipart, Über die Einheit der Gewerkschaftsbewegung, Gewerkschafts-Zeitung 1931 Nr. 49 S. 771 ff.) Und viele der in jüngster Zeit so zahlreichen Betrachtungen der öffentlichen Meinung über die Stellung der Gewerkschaften im Umkreis der gegenwärtigen Staatsumwälzung und über ihre Zukunft leiden daran, daß sie diesen für Wesen und Wert der Gewerkschaften unentbehrlichen Ausgangspunkt nicht finden.

Der zweite bestimmende Umstand für die Stellung der Gewerkschaften im Zuge der gesellschaftlichen und politisch-historischen Entwicklung wie für die Formung und Entfaltung ihres Wirkens ist ihre geschichtliche Herkunft. Entstehung und Wachstum der modernen Gewerkschaft setzen Dasein und Ausbreitung der sozialen Schicht der Lohnarbeiter voraus. Die Gewerkschaftsbewegung erwacht zu geschichtlichem Dasein, nachdem die kapitalistische Wirtschaftsweise die abhängige Arbeit gegen Lohn zum Lebensschicksal breiter Schichten des Volkes gemacht hat. Sie sieht sich bei ihrer Entstehung einem Staatswesen gegenübergestellt, das die individualistische, jede organische Ordnung der Volkskräfte ablehnende Wirtschaftsgesinnung des Kapitalismus zum Rechtsgrundsatz erhebt. In dieser liberalistischen Wirtschafts- und Staatenwelt des westlichen Europa war „an die Stelle des ‚heiligsten und unverletzlichen Rechts‘ eines jeden, seine Arbeitskraft möglichst gut zu verwerten, die Unfähigkeit der einzelnen Arbeiter, auf diese Verwertung überhaupt Einfluß zu üben, getreten, an die Stelle der Freiheit der Arbeit die Freiheit ihres Käufers, des Arbeitgebers, der Arbeit die Bedingungen einseitig zu diktieren“ (Lujó Brentano).

In dieser Umwelt entsteht die Gewerkschaftsbewegung. Sie ist dem Zeitpunkt ihrer Entstehung nach ein Kind der Hochblüte des liberalen Zeitalters. Aber sie ist kein Erzeugnis liberalistischen Geistes, sondern sie entzweit und lebt im Gegensatz zu ihm, entsteht und lebt in dieser Welt des Liberalismus, in der das Schicksal des arbeitenden Menschen gleich dem Schicksal der Waren abhängig ist von den brutalen Zufälligkeiten unregelter Marktbewegungen, als ein Element der Ordnung im Bereich des Arbeitsverhältnisses, als Form der sozialen Gliederung, als gemeinschaftsbildende Kraft. Sie setzt, indem sie die Arbeiterschaft solidarisch miteinander verbindet, zum Schutze des Menschen gegen die Wechselfälle des Lebens Gemeinsamkeit an die Stelle des Eigennutzes, Kameradschaft an die Stelle der Konkurrenz um den Arbeitsplatz, Regel und Recht im Bereich des Arbeitsverhältnisses an die Stelle der Willkür unbeherrschter Wirtschaftsmächte. Sie geht aus und wird bei ihrer Tätigkeit geleitet von dem Grundgedanken: „Das Volk lebt nicht für die Wirtschaft, und die Wirtschaft existiert nicht für das Kapital, sondern das Kapital dient der Wirtschaft und die Wirtschaft dem Volke.“ (Hitler in seiner Programmrede vor dem Reichstage.)

### II.

Die Schöpfung des Organismus der Gewerkschaftsbewegung und die Eingliederung des einzelnen in die disziplinierte Ordnung der wirtschaftlichen Vereinigung entspringt dem freien Willensentschluß der Arbeiter selbst. Der Zug zur Gemeinschaft ist dem Arbeiter eigen. Wir haben dafür einen unvorurteilsgenommenen Zeugen, der für uns sprechen mag:

„Der deutsche Arbeiter, ja der Arbeiter schlechthin, denkt kollektiv. Vom Gegenteil auszugehen, wäre ein verhängnisvoller politischer und psychologischer Irrtum. Denn dieses kollektive Denken der Arbeiterschaft ist begründet. Schon äußerlich zeigt sich ein starker Grund in der kollektiven Verbindung der Arbeiter beim technischen Produktionsgange. Der individualistische Gedanke mag hier gewiß stark genug sein, um dem Leistungsprinzip zum Durchbruch zu helfen. Das Gefühl der arbeitstechnischen Verbundenheit wird er niemals ausschalten können. Zu dieser mehr technischen Erwägung tritt aber eine einschlagende psychologische Erkenntnis. Im privatwirtschaftlichen Staat, der das Eigentum des Produktionsmittels dem privaten Unternehmer überläßt, wird dieser Unternehmer seinen Arbeitern gegenüber nicht nur wirtschaftlich, sondern auch autoritativ insofern der Stärkere sein und bleiben. Daß dieses Übergewicht nicht mäßigt wird, ist in höherer Maße eine Frage der öffentlichen Stellung des deutschen Unternehmers zum neuen Staat. Der Satz, daß Besitz verpflichtet, wird größere Bedeutung gewinnen als je zuvor, und mit Recht darf der neue Staat, der den privaten Unternehmer zur Grundlage seiner Wirtschaft machen will, seinen stiftlichen Anspruch gegen eben diesen Unternehmer aussprechen, der nun durch die Anerkennung des Privatigentums verpflichtet wird. Dies sind Grundkennzeichen einer neuen Wirtschaftsordnung, und wer sich ihnen eigenmächtig entgegen stellt, stellt sich außerhalb der Staatsgemeinschaft. Diese stiftliche und staatspolitische Verpflichtung des Unternehmers wird aber das tatsächliche Übergewicht des Arbeitgebers im Arbeitsvertrag wirtschaftlich nicht ausgleichen können. Jeder Arbeiter wird dies instinktiv fühlen. So ent-

wickelt und entfaltet sich in ihm der kollektive Instinkt, das Bedürfnis, nicht nur unter staatlichem Zwangsschutz, sondern auch im eigenen Selbstschutz als Gemeinschaft dem Unternehmer und Arbeitgeber gegenüberzutreten zu können.“ (Meißinger, Wo stehen die Arbeitgeberverbände? Arbeitgeber-Zeitung vom 5. März 1933.)

Auf diesem elementaren Willen zum Kollektivismus, der weite Kreise des schaffenden Volkes bewegt, auf dieser inneren Bereitschaft zum Eingehen des einzelnen in eine umfassendere Ordnung und sinnvolle Gliederung beruht der gesamte Aufbau der Gewerkschaften, beruhen alle Formen und Zweige ihrer Tätigkeit. Daher sind sie „der Ausdruck einer unabwiesbaren sozialen Notwendigkeit, ein unerläßlicher Bestandteil der sozialen Ordnung selbst“. Als organisierte Selbsthilfe der Arbeiterschaft entstanden, sind die Gewerkschaften in der Tat „im Verlaufe ihrer Geschichte aus natürlichen Gründen mehr und mehr auch mit dem Staate selbst verwachsen“. Denn gleich ihm müssen sie die Eingruppierung des Individuums in eine gegliederte Rechtsordnung für sich selbst als oberstes Gesetz des Daseins anerkennen. „Die sozialen Aufgaben der Gewerkschaften müssen (daher) erfüllt werden, gleichviel welcher Art das Staatsregime ist.“ (Erklärung des ADGB vom 20. März.)

### III.

Seinen stärksten Ausdruck und seine vollkommenste praktische Gestaltung findet der triebhaft ursprüngliche Gemeinschaftswille der Arbeiterschaft, den zu verwirklichen die gesellschaftliche Mission der Gewerkschaften ist, im Tarifvertrag. Die große Bedeutung des Tarifvertrages für die Lebenssicherheit des einzelnen ist von uns in jüngster Zeit wiederholt betont worden. Sein Wert für die Gesamtheit von Volk und Staat liegt aber darin, daß sich auf seinem Boden der Ausgleich vollzieht zwischen dem Streben der Arbeiterschaft zu kollektiven Regelungen des Arbeitsverhältnisses und der von privatwirtschaftlichem Geiste erfüllten Führung des einzelnen Wirtschaftsunternehmens. Meißinger erklärt im Anschluß an seinen vorstehend zitierten Ausspruch: „Der ist der wirkliche Feind des Tarifvertrages, der diese Zusammenhänge verkennt.“ Der Tarifvertrag faßt die Einzelunternehmungen seines Bereichs und alle in ihnen tätigen Menschen, Unternehmer wie Arbeiter, zur Einheit einer festen Ordnung zusammen, in der der einzelne einem Gesamtwillen unterworfen ist, aber er läßt gleichwohl der Privatinitiative Raum zur Entfaltung. „Die großen Tarifgemeinschaften zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der deutschen Arbeiterschaft sind der untrügliche Beweis dafür, daß die Gewerkschaften von dem Willen geleitet sind, die ihnen obliegende Vertretung der Arbeiterinteressen in freier Vereinbarung mit den Unternehmern wahrzunehmen. Trotz aller Wirrnisse und wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben die Tarifverträge durch die Jahrzehnte sich erhalten und in weitem Umfange dem Wirtschaftsfrieden gedient.“ (Erklärung des ADGB vom 20. März.)

Wo aber der Sinn des Tarifvertrages erkannt und seine Bedeutung als gemeinschaftsbildendes Element im Leben von Volk und Staat anerkannt wird, da muß jene andere Form der Regelung der Arbeitsbedingungen, die Form der Werksgemeinschaft, die in den öffentlichen Diskussionen dieser Wochen wiederholt in Betracht gezogen wurde, Ablehnung finden. Die gemeinschaftsbildende Kraft der Gewerkschaften selbst wie des Tarifvertrages beruht darauf, daß sie von vornherein von einer umfassenderen, dem Träger der liberalistischen Wirtschaftsgesinnung, dem Einzelunternehmen, übergeordneten sozialen Lebensform, dem Beruf oder dem Standortsgebiet eines Wirtschaftszweiges ausgehen. In der Welt der privaten wirtschaftlichen Initiative schaffen die Gewerkschaften den kollektiven Ausgleich der Interessen in Gestalt der Tarifgemeinschaft eine Stätte. Die Werksgemeinschaft jedoch bestimmt das Einzelunternehmen zum Ort des Gemeinschaftslebens. Sie zersetzt die im Tarifvertrag bereits gefundene weitgespannte Ordnung des beruflichen und industriellen Lebens. Sie wäre ein Rückfall in rein liberalistische Formen.

### IV.

Die Entstehung der deutschen Gewerkschaften im besonderen fällt in eine Zeit, in der mit der Umbildung der Staatsverfassung zu konstitutionellen und parlamentarischen Formen sich das Parteiwesen entwickelte. Im Ringen der sozialen Interessen, der Weltanschauungen, der Ideen über Staatsform und Staatsführung um Geltung und Herrschaft im Volke, formierten die Parteien ihre Fronten. Die Arbeiterschaft, ein wesentlicher Teil des Volkes, hatte, getrieben von jenem elementaren Willen zum Kollektivismus, begonnen, sich in gewerkschaftlichen Verbindungen Instrumente „organisierter Selbsthilfe“ zu schaffen. Diese Organisationen und Bestrebungen der Arbeiter mußten das Augenmerk der Parteien und ihrer Führer auf sich lenken und die Gewerkschaften konnten umgekehrt von der starken politischen Bewegung, an der das ganze Volk teilhatte, nicht unberührt bleiben. Selbst umstritten und umworben von den Parteien, mußten sie zu den Parteien und ihren Zielen Stellung nehmen. Dazu kam, daß in dieser Zeit des aufstrebenden Kapitalismus „die soziale Frage“, die „Arbeiterfrage“, zu den am lebhaftesten erörterten Gegenständen des politischen Meinungskampfes zählte. Die Gewerkschaften waren der Ort, sie zu studieren, zu pflegen, ihre Lösung zu fördern. Und so kam es denn, daß die deutschen Gewerkschaften, dadurch in drei Hauptrichtungen gespalten, in nachbarlicher Fühlung zu parteipolitisch und weltanschaulich bestimmten Bewegungen ins Leben traten.

„Je weiter sich jedoch die Gewerkschaften entwickelten, je weiter ihre Orientierung über sich selbst, über ihre Eigenart und ihre Aufgabe fortschritt, je reiner sie ihren Zweck herausbildeten, je vollkommener sie ihn erfüllten und ihre Methoden ihrer Wesensart gemäß und ganz aus eigenem Vermögen gestalteten — um so näher kamen sie dem Augenblick, in dem sie die Umklammerung durch parteipolitische Einflüsse abstreifen und ihr Recht auf volle Unabhängigkeit von allen politischen Parteien durchsetzen konnten. Dieser Zeitpunkt liegt weit zurück. Und wenn vor diesem Zeitpunkt jene oben skizzierte Verhältnis der Gewerkschaften zu der einen oder anderen Partei in einem gewissen Grade noch als bindend für das einzelne Mitglied wirksam gewesen sein mag — von einem parteipolitischen Zwang war nie die Rede —, so besteht seit Jahrzehnten für das Recht zur Meinungsfreiheit in politischen Dingen innerhalb der Gewerkschaften keine Einschränkung mehr. Außer der einen, daß die Mitglieder es sich versagen müssen, als Abgeordnete einer politischen Partei aufzutreten mit der Absicht, die gewerkschaftliche Organisation dem Willen ihrer Partei zu unterwerfen, sie zu einem Mittel für den Zweck ihrer Partei herabzudrücken.“ (Leipart, Über die Einheit der Gewerkschaftsbewegung, Gewerkschafts-Zeitung 1931, Nr. 49 S. 271.)

Schritt haltend mit dieser Entwicklung, die Leipart wiedergab, traten die Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen einander näher und näher. Denn im Zuge dieser Entwicklung trat die Wesensverschiedenheit zwischen Gewerkschaften und Parteien einerseits und die Wesensübereinstimmung der Gewerkschaften verschiedener Richtungen andererseits immer mehr zutage. Da alle Wesenszüge der Gewerkschaften entscheidend von ihrem — eingangs skizzierten — Zweck geprägt werden, setzte sich in allen Gewerkschaftsrichtungen über alle Hemmungen weltanschaulicher und politischer Art hinweg die durch den Zweck bestimmte Formgebung im organisatorischen Habitus wie in den Methoden zur Erfüllung gewerkschaftlicher Aufgaben mit gesetzmäßiger Folgerichtigkeit gleichmäßig durch. So wenig wie vor einem Jahre haben wir jetzt Anlaß, den neuerdings in der Öffentlichkeit erörterten Gedanken der „Einheitsgewerkschaft“ abzulehnen.

Wird aber dieser Gedanke bejaht, so ist damit zugleich die Antwort auf die gleichfalls aktuelle Frage der „Entpolitisierung“ der Gewerkschaften gegeben. Denn wenn die Trennungen zwischen den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen — zwar nicht von strengen Bindungen an politische Parteien, denn die haben nie bestanden, aber doch von Unterschieden weltanschaulicher und politischer Art ausgingen, dann müssen mit der Bildung der Einheitsgewerkschaft diese Unterschiede und ihre Ursachen überwunden werden. Die Einheitsgewerkschaft ist nur möglich, wenn politische und weltanschauliche Gegensätze zum Vorteil der reibungslosen Erfüllung der ursprünglichen gewerkschaftlichen Aufgaben zurückgedrängt werden. Ist aber die Einheitsgewerkschaft denkbar, wird sie — am besten aus dem freien Willen der Gewerkschaften selbst — Tatsache, dann bedarf es keiner richtungsmäßigen Unterscheidungsmerkmale politischer und weltanschaulicher Art mehr. Wer aber die Einheitsgewerkschaft will, der muß erkennen, daß mit der Heranbildung einer weiteren Richtungsorganisation in Gestalt der wirtschaftlichen Vereinigungen die Entwicklung in eine falsche Bahn gelenkt wird.

### V.

Der Zweck der Gewerkschaften ist die Regelung und Verbesserung des Arbeitsverhältnisses. Diese Zweckbestimmung wäre schon weit gefaßt, böte den Gewerkschaften schon reichen Spielraum für eine ausgedehnte Wirksamkeit, dächte man dabei nur an die Regelung und Verbesserung der Bedingungen des Arbeitsvertrages im engeren Sinne für die rund 20 Millionen Arbeiter und Angestellten in Deutschland, für welche die Lohn- und Arbeitsbedingungen die einzige Basis des Lebens darstellen. Aber der Begriff Arbeitsverhältnis ist weiter zu fassen. Die Bedingungen des Arbeitsverhältnisses sind in der gegenwärtigen sozialen Ordnung den Lebensbedingungen gleichzusetzen, die diese Ordnung dem Arbeiter von der Kindheit bis zum arbeitsunfähigen Alter bietet. Und das Bestreben der Gewerkschaften um die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses, dieser Lebensbasis für das Volk der Lohnarbeiter, erstreckt sich mithin auf

(Fortsetzung auf Seite 77)



Onkel Sam mit der Sparaxt gegen die Krise! (Zum Spitzartikel auf Seite 77)

## Erste Hilfe bei plötzlichen Erkrankungen

Nur zu oft kommt es vor, daß irgend jemand plötzlich in bedenklicher Art erkrankt und kostbare Zeit vergeudet wird, weil die Umgebung des Kranken sich nicht gleich darüber im klaren ist, was zu tun sei. Das Allerwichtigste ist in einem Satze zu sagen: den Arzt holen! Auch Bewohner der Städte sündigen gegen diese Regel. Auf dem Lande aber oder unter besonderen Umständen ist dies Gebot oft nicht zu erfüllen oder erst nach längerer Zeit; da heißt es dann eben selber inzwischen das Richtige tun, bis die sachgemäße Hilfe kommt.

Wird jemand vom Gehirnschlag getroffen, so bringe man ihn gleich ins Bett, lagere ihn hoch und beseitige alle feststehende Kleidung. Auf Kopf und Herz gebe man Eisumschläge oder wenigstens sehr kalte; dagegen sollen Arme und Beine in heiße Tücher gewickelt werden. Alle diese Maßregeln zielen darauf ab, das Gehirn von jener Blutüberfüllung, die den Anfall hervorgerufen hat, zu befreien.

Bei Blitzschlag, Verletzung durch den elektrischen Strom und bei Ertrunkenen ist bis zum Eintreffen des Arztes sogleich und ausdauernd die künstliche Atmung zu machen. Der Patient liegt mit erhöhtem Kopf und erhöhten Schultern auf dem Rücken. Der Helfer steht hinter dem Kopfende des Kranken, faßt beide Arme dicht oberhalb und unterhalb des Ellbogens, hebt sie nach oben und hält sie in gestreckter Stellung zwei Sekunden; führt sie dann nach abwärts, wobei man kräftig gegen die Seitenwände des Brustkastens drückt. Dies wiederholt man zehnmal in einer Minute. Das Verfahren mußte oft 2 bis 3 Stunden wiederholt werden, ehe der Erfolg eintrat.

Bei Blutung aus offenen Wunden handelt es sich um die vorläufige Stillung bis zum Eintreffen des Arztes. Wie man dies mit einfachen Mitteln, die überall bei der Hand sind, tut, beschreibt trefflich der Chirurg Bergmann: „Man nimmt irgend ein Seil, einen Gurt, einen Hosenträger oder einen Streifen aus dem Hemd des Kranken, irgend einen Sack oder ein Tuch, wickelt es um die blutende Extremität, knotet die Enden um ein beliebiges Stück Holz, zum Beispiel einen Hammerstiel, einen starken Spazierstock, einen Regenschirm usw. — und dreht die Enden zusammen, bis die Blutung steht.“ — Noch etwas ist zu beachten: nicht an der Wunde herumwaschen, da man damit Keime in dieselbe hineinschwemmt, die dann Anlaß zu Wundinfektion geben.

Bei Erfrierungen ist vor allem zu beachten, daß der Kranke in einen kühlen Raum gebracht werden muß, damit seine Wiedererwärmung nur ganz langsam vor sich gehen kann. Auch hier ist vorsichtige künstliche Atmung von Nutzen. Auch ein kühles Bad von 15 Grad Celsius, das allmählich auf 30 Grad gesteigert wird, kann versucht werden. Ist kein Bad möglich, so ist Reiben mit Schnee empfehlenswert.

Beim Hitzschlag sorge man für Lockerung der beengenden Kleider, ein schattiges, doch luftiges Ruheplätzchen und vollste Ruhe. Kopf und Brust sind mit kaltem Wasser zu übergießen. Auf den Kopf Eisbeutel oder kalte Umschläge werden sehr dienlich sein.

Bei Ohnmachten ist zu merken, daß man den Patienten waagrecht mit tiefem Kopf lagern muß. Selbstverständlich ist für frische Luft zu sorgen, sowie beengende Kleidungsstücke zu entfernen. Man vermeide es, den Kranken zum Schlucken von Flüssigkeiten zu animieren, da er sich leicht dabei verschluckt und es zu Erstickungsanfällen kommen kann. Bei stockender Atmung und aussetzendem Puls ist künstliche Atmung zu versuchen.

Bei epileptischem Anfall beschränkt sich alle Hilfe darauf, daß man verhindert, daß sich der Kranke durch Herumschleudern usw. verletzt. Den Anfall selber kann man nicht beeinflussen. Sehr ist auch darauf zu achten, daß sich der Epileptiker im Krampf nicht in die Zunge beißt; man schiebe ihm daher vorsichtig ein Tuch zwischen die Zähne. Gänzlich unnütz und nur eine Belästigung des Kranken ist das gewaltsame Aufbiegen der eingezogenen Daumen, was ganz zwecklos ist und wobei man ihm nur die Finger ausrenken kann!

Bei Atemnot verbunden mit Herzbeschwerden bringen, bis der Arzt mit wirksamen Mitteln eingreift, oft heiße Handbäder Linderung der Beschwerden. Immer, hier aber am meisten, ist die Hauptsache: rechtzeitig den Arzt rufen!  
Dr. H. W.

## Auch ein Rekord

Ein großes internationales Sportfest hatte seinen Abschluß gefunden. Als die Ehrenstunde der Preisverteilung gekommen war, versammelten sich alle Prominenten des Titels und der sportlichen Meisterschaften.

Der Herr Präsident sprach begeisternde Worte über den Sinn der körperlichen Leistungen und ihre Bedeutung im Dienste an der Nation. In schwungvoller, zündender Rede wurden die Helden des Sportes gelobt. Und dann erhielt ein jeder Rekordler einen Preis, und wenn es auch nur ein Eichenkranz war.

Man wußte nicht, wie es kam. Ein Kranz blieb zum Schlusse übrig. Der Herr Präsident blickte wartend umher. Er war verstört ob dieses peinlichen Vorfalls.

Da trat ein schlicht gekleideter Mann vor, an seiner Hand einen kleinen Knaben führend.

Der Herr Präsident verbeugte sich und fragte: „Welche Beschäftigung haben Sie?“

„Ich bin erwerbslos!“ lautete die Antwort.

„Und was haben Sie nun Großes geleistet?“

Eine große, erwartungsvolle Stille trat ein. Die vielen Zeitungsberichterstatte spitzten die Ohren und zückten den Stenogrammblock. Alles horchte gespannt.

„Fünf Jahre bin ich erwerbslos. Nirgends kann ich Arbeit finden. Gering ist die Unterstützung, die ich vom Wohlfahrtsamt beziehe. Da haben meine Frau und vier unmündige Kinder und auch ich oft hungern müssen, da von dem wenigen Geld sich unser Lebensunterhalt nicht bestreiten läßt“, sagte leise der Mann.

Argerlich und nervös trommelte der Herr Präsident mit dem goldenen Bleistift auf das Pult.

„Das ist alles gut und schön! Das müssen tausende Menschen“, sprach er gereizt. „Ich meine, welchen Rekord haben Sie aufgestellt? Haben Sie die Meisterschaft im Schwimmen, Laufen oder Springen? Sind Sie Rekordmann im Fallschirmsprung? Rekordfahrer? Sieger im Dreikampf?“

Hilflos sah der Mann vor sich. Da wurde der Herr Präsident wütend: „Donnerwetter, sagen Sie bloß, wofür wollen Sie eigentlich den Kranz haben?“

Und einer nach dem andern griff nach seinem Zylinderhut. Ehe der arme Mann sich umsah, war er allein. Nur die hellen Kinderaugen seines Jungen sahen ihn staunend an.

Nach Kinderart plapperte der kleine Mund: „Vati, wenn ich erst mal groß bin, kaufe ich dir ganz was Schönes!“

Der aber fragte: „Bub, wenn du einmal groß bist, was willst du dann werden?“

„Ich?“ sagte der Knabe verwundert, „ein Mann!“

„Armes Kind“, war die Antwort des Vaters. „Ein Mann zu werden ist zu wenig! Du mußt Boxer, Rennfahrer oder ein Rekordmensch werden. Nur dann ist dein ganzes Leben vielleicht einen Eichenkranz wert!“  
Hans Blauschek.

# Die Mutter als Wegbereiterin

Wer um das Jahr 1906 auf den Hängen und Halden der Schwarzwaldberge in der Umgegend Freiburgs umherschweifte, der erblickte am Fuß der alten, zerfallenen Burg Zähringen ein bescheidenes, kleines Holzhaus, das mehr einem verwunschenen Märchenschlößchen als einer Menschenwohnung glich. Weiße und rote Rosen rankten sich in verschwenderischer Fülle um Fenster und Türen, überzogen die beiden Stockwerke und schmückten selbst das einfache Holzdach. Hummeln und Wespen, Bienen und Schmetterlinge flatterten von Blüte zu Blüte, schwirrten und gaukelten zum Garten, um bei den blühenden Obstbäumen ihr Werk fortzusetzen. In zartem Weiß leuchteten helle Birkenstämme durch die Blütenpracht. Tiefe Einsamkeit ringsum, kein Laut, kein menschliches Wesen weit und breit. Trat man in das kleine Haus ein, so fand sich ein Krug mit frischem Quellwasser auf dem Tisch, und Zucker und Zitrone schienen stumm zur Erquickung einzuladen. Aber auch hier kein Laut, kein Schritt, der den Raum mit Leben erfüllte. Und doch deutete der ärmliche, nur auf das Notwendigste beschränkte Hausrat an, daß hier ein Mensch seinen Wohnsitz aufgeschlagen hatte. Erst ein Blick auf das Feld ließ den Besitzer endlich sichtbar werden. Hier stand ein Mann in einer alten Drillichhose, hackte und grub und jätete Unkraut aus dem steinigen Boden. Es war Emil Gött, der damals noch gänzlich unbekannt Dichter, der den Trubel der Weltstadt Berlin verlassen und sich hier angesiedelt hatte.

Mehr als ein Jahrzehnt focht der Einsame einen erbitterten Kampf um seine Existenz. Das Ziel, das er sich gesteckt hatte, Dichter und Bauer in einer Person zu sein, erforderte immer schwerere Opfer. Geschäftstüchtige Agenten nutzten die Unerfahrenheit des Arglosen auf die schlimmste Weise aus. Was Betrug und Diebstahl ihm nicht raubte, das verlor er durch die eigene allzu große Menschenliebe: Er legte eine Sandgrube an, um Arbeitslose zu beschäftigen, er übernahm den Betrieb eines Steinbruchs, er schenkte sein gutes Stück Feld den Armen. Erfindungen aller Art, so eine neue Spinnfaser, die Tausenden von Erwerbslosen Arbeit bringen sollte, scheiterten an der harten Wirklichkeit und bürdeten ihm eine immer drückendere Schuldenlast auf. Nur seinen Tagebüchern vertraut der Verzweifelte an, was er leidet, wie er ringt um sein dichterisches Werk und gleichzeitig die große Idee der Brüderlichkeit und Menschlichkeit zu verwirklichen bestrebt ist. Diese Aufzeichnungen finden ihre Ergänzung in den Erinnerungen seiner Mutter, die bis zu seinem letzten Atemzug an den Sohn glaubte und alles daran setzte, um mit ihrem kärglichen Lohn als Arbeiterin das Schlimmste von ihm abzuwenden.

Wer war diese Mutter? Nur wenigen ist sie bis heute bekannt, und doch verdient gerade in diesen Tagen, da der Todestag ihres Sohnes sich zum 25. Male jährt, ihr Name der Vergessenheit entrissen zu werden. Denn diese Arbeiterin, diese schlichte Proletarierfrau, die bis in ihr hohes Alter sich ihr schweres Brot als Wäscherin verdienen mußte, ist es wert, daß man mehr aus ihrem Leben erfährt und sie näher kennen lernt.

Eine alte, versorgte Frau mit schwieligen Händen, aber mit klaren, scharfen Augen, die jedem bis ins Innerste zu blicken schienen — so lebt sie in der Erinnerung derer

weiter, die sie persönlich kannten. Und wer vor einem Vierteljahrhundert als Kind an den Abhängen der Zähringer Burg heruntollte, der konnte sie oft erblicken, wie sie einen kleinen, schwer beladenen Wagen den steilen, sonnigen Berg hinaufzog. Sie brachte dem Sohn saubere Wäsche und Lebensmittel. Ihm galt seit dem Tode ihres Mannes ihre ganze Lebensarbeit. Tag um Tag arbeitete sie in Freiburger Familien am Waschzuber, immer in der unerschütterlichen Hoffnung auf die hohe Begabung des Sohnes, der endlich doch einmal mit seinen Theaterstücken und Gedichten Anerkennung finden mußte. Nichts konnte sie entmutigen, und ihre Tat und ihr seelisches Mitgefühl mit dem Einsamen waren stark genug, um dem Sohn dort einen Weg zu bereiten, wo er ihn allein nicht finden konnte: In einer nüchternen, nur auf Macht und Profit aufgebauten Wirklichkeit, in der Idee, wie Brüderlichkeit und Menschlichkeit, große Entwürfe und Dichtungen immer wieder erdrückt wurden.

Emil Gött hatte sein dichterisches Talent von der Mutter geerbt. Was bei ihr im Ansatz vorhanden war, das kam bei dem Sohn zur Reife. Die „Mutter Gött“, wie sie überall genannt wurde, war eine hochintelligente, schriftstellerisch begabte Frau, die neben ihrer harten Tagesarbeit noch kleine Geschichten schrieb und sich ein paar Pfennige dadurch zu verdienen versuchte, und die auch dem Sohn stets verstehend zur Seite stand, wenn er um die Form rang, die sich dem großen Entwurf manchmal nur widerstrebend aufprägte. Die nüchterne Tagesarbeit hatte nicht vermocht, die tapfere Frau zu zermürben, und bis in ihre letzten Lebenstage hinein war ihr ein schönes Buch die liebste Unterhaltung, der treueste Freund.

In ihren Erinnerungen, die zu dem Ergreifendsten gehören, was es in der Frauenliteratur gibt, schildert sie ihre Kämpfe und Enttäuschungen, ihr Ringen um den Sohn, der grenzenlos darunter leidet, daß er die Mutter im Elend sieht und doch keinen anderen Weg weiß, als den, der ihm innerlich vorgezeichnet ist. Gutsein ist alles! — das war ihr Wahlspruch, und diesen Grundgedanken ihres eigenen Lebens hatte sie auch dem Sohn eingepflanzt. „Wenn die nächste Generation so wird, wie Emil Gött“, so schrieb sie einmal, „dann braucht man keine Zuchthäuser mehr zu bauen. Wie müßte ich weinen, wenn auch ich, die Mutter, ihn verlassen hätte. Er wollte den Menschen helfen, und ich glaubte an ihn. Der Glaube an das Gute ist es, der das Gute erzeugt.“

Sie steht nicht vereinzelt da, diese Wegbereiterin ihres Sohnes. Wir brauchen nur um uns zu schauen, mitten hinein in die Wirklichkeit, um sie alle zu sehen, die Mütter, die ihre ganze Lebensaufgabe nur darin sehen, ihren Kindern eine bessere Zukunft zu schaffen. Seit Jahren ruht die „Mutter Gött“ an der Seite des früh vollendeten Sohnes, aber in ihrer ganzen, tatkräftigen Lebensauffassung ist sie eine der unseren, auch wenn sie einer früheren Generation angehört. Sie, die einfache Proletarierin, hat das Tiefste und Größte der Mutterschaft erfaßt und es am eigenen Beispiel vorgelebt, der Mutterschaft, die nicht Pflicht und Opfer für sie bedeutete, sondern selbstverständliche Tat.  
Elke.

## Schulanfang und Schulende

Es ist eine Wende im Leben des 6jährigen Kindes und eine Wende im Leben des 14jährigen jungen Menschen, wenn sich an den Ostertagen für die einen die Schulpforten öffnen und für die anderen schließen, wenn die einen die Schule betreten und die anderen die Schule verlassen!

Gemeinsam ist dem 6jährigen Kinde und dem 14jährigen jungen Menschen das völlig Neue und die wißbegierige Neugierde auf das Unbekannte. Beiden ist aber auch die Lösung von einer bestimmten und umgrenzten Welt gemeinsam: das 6jährige Kind verläßt jetzt die Welt des Spiels und ordnet sich erstmals einer Zwangsgemeinschaft ein! Das bedeutet natürlich nicht, daß es jetzt nicht mehr spielen würde. Es spielt selbstverständlich noch, aber das kleine kindliche Dasein ist nicht mehr allein erfüllt vom Spiel und der Spielerei, sondern etwas Neues ist hinzugekommen: die Pflicht zu lernen!

Auch der 14jährige junge Mensch, der die Schule verläßt, beginnt ein neues Leben und betritt eine anders geartete Welt, die so verschieden ist von der, in der er wohlbehütet acht lange Jahre gelebt hat. Gewiß, auch er gibt noch nicht ganz das Lernverhältnis auf, sondern geht ein neues ein, aber das schulmäßige Lernen wird jetzt ersetzt durch das Lernen für den Beruf.

Das Neue im Leben des Kindes, das erstmals die Schule betritt, ist das zwangsmäßige Lernen und der Eintritt in eine Lerngemeinschaft! Das Kind kommt aus der ungebundenen Freiheit des Spielbetriebs in den Zwang der Schulgemeinschaft

## Eine Mutter klagt

Wieder steh ich nun mit leeren Händen —  
Und die Kinder wollen alle Brot.  
Hab kein Geld und nichts mehr zum Verpfänden.  
Kennен reiche Mütter solche Not?

Haben sie, die nicht zu sparen brauchen,  
Deren Haus voll Kostbarkeiten steckt,  
Haben sie in ihrer Kinder Augen  
Je dies stumme Flehn nach Brot entdeckt?

Haben sie schon einmal ihre Kleinen  
Ohne Abendbrot zu Bett gebracht?  
Kennен sie das trostlos bittere Weinen  
Und die Qualen einer solchen Nacht?

Ständen reiche Mütter auch zuweilen  
Dann verstört am Gasherd, schon bereit,  
Mit den Kindern still davon zu eilen?  
Reiche Mütter, ward ihr schon so weh?

G. Steeg.

und muß sich nun einem fremden Willen viel stärker unterordnen als vorher, wo es wohl der elterlichen Autorität unterstand, aber doch weitgehend seinem eigenen Köpfchen folgte!

Und was ist das Neue im Leben des jungen Menschen von 14 Jahren? Das Unbekannte? Das ist die Arbeit, die als ganz Neues in das Leben des jungen Menschen tritt und ihn in neue Beziehungen einordnet! Gewiß gibt es auch schon Schulkinder, Proletarierkinder, die nach ihrer Schulzeit, wenn andere Kinder spielen, mitarbeiten müssen, und so schon als Schulkinder am eigenen Leibe erfahren, was es heißt, zu arbeiten!

Die Arbeit aber in der Lehre oder in der Fabrik ist doch wesentlich verschieden von der Arbeit, die sie in der Schulzeit geleistet hatten. Das merkt der Lehrling oder die junge Arbeiterin schon nach wenigen Wochen: es ist eine völlig andere Welt und es sind völlig andere Verhältnisse, in die sie hineingekommen sind, seitdem sich hinter ihnen die Schultore geschlossen hatten und seitdem sie munter in das Leben hineinmarschiert sind!

So schön, wie sie sich das noch in der Schule gedacht hatten, ist es doch nicht, und wenn mehrere Jahre vorüber sind, dann gestehen sie sich sogar ein, daß es in der Schule doch bedeutend besser war.

Das Leben, das sie nun zu führen haben, wird ihnen hart genug werden!

Alljährlich schließt sich der Kreislauf, und immer wieder von neuem beginnt dieses ewige Spiel: Schulanfang und Schulende!

Die einen kommen, die anderen gehen, und bis man sich halb umgesehen hat im Leben, vollenden sich die acht Jahre; aus dem kleinen Bub und dem kleinen Mädel, die ängstlich mit der Mutter zum ersten Male zur unbekanntem Schule gingen, wurden große Buben und große Mädels, die nun auf einmal hell jauchzend den Schulranzen in die Ecke donnern und sich diebisch freuen, daß sie nicht mehr in die Schule zu gehen brauchen.

Der Wandel vollzieht sich rasch, und die schönsten Kindheitstage, die zwischen Schulanfang und Schulende liegen, entfallen leider dem Bewußtsein und der Erinnerung des Kindes, weil es zu spät einsieht, daß es die schönste Zeit des Lebens war. Das Kind weiß es ja nicht, daß seine Schulzeit die schönste war, denn es sehnt sich aus der Kindheit heraus und hinein in das Erwachsenenleben. Daran aber sind wir Erwachsenen am meisten schuld, weil wir zu sehr unsere Autorität als Erwachsene sprechen lassen und sehr oft falsch anwenden. Durch eine völlig falsche Erziehung verschulden wir die Flucht des Kindes aus dem Kinderparadies und wecken in ihm die Sehnsucht nach dem Entwachsensein. Aber später, wenn die Menschen älter geworden sind, dann wissen sie, daß die Zeit zwischen Schulanfang und Schulende doch die schönste ihres Lebens war, und weil sie es wissen, deshalb bereiten sie ihren Kindern, die zwischen Anfang und Ende stehen, ein frohes Kindheitsleben — soweit es heute noch möglich ist: dieses Kinderparadies!

Eine gute Kundin. „Nun habe ich vergessen, was ich eigentlich wollte“, sagte das junge Mädchen im Laden des Materialwarenhändlers.

Der Händler versuchte, ihr behilflich zu sein und zählte auf: „War es Butter, Eier, Käse, Margarine, Marmelade, Biskuits, Früchte, Puder, Seife, Hautcreme, Makkaroni, Rosinen...?“

„Ach, jetzt erinnere ich mich. Ich wollte Sie nur fragen, ob Sie mir die genaue Zeit sagen können?“



# Verbandsleben



## Die sächsischen Gewerkschaften im Strudel

Hierüber schreibt die Sächsische Gewerkschaftszeitung am 15. März:

In Sachsen sind die Gewerkschaften mehr als in anderen Reichsgebieten in den Strudel der politischen Ereignisse hineingerissen und von ihnen betroffen worden. Fast in allen Orten wurden die Gewerkschaftshäuser und -büros von der SA besetzt, meist unter Mitwirkung der Polizei. In Dresden, Leipzig, Chemnitz und den meisten anderen Orten waren die Vorgänge ziemlich gleichartig. Die Polizei durchsuchte die Häuser und Räume nach Waffen — natürlich ergebnislos —, dann zog die SA unter dem Schutze der Polizei ein. Einige Gewerkschaftshäuser, darunter auch in Chemnitz, sind, wie wir schon berichteten, inzwischen von den örtlichen Stellen freigegeben, andere aber ohne besonderen Anlaß in den letzten Tagen neu besetzt worden.

Welcher materielle und immaterielle Schaden durch die Besetzungen für die Organisationen selbst und die Hunderttausende der von ihnen betreuten Mitglieder entstanden ist, muß erst festgestellt werden. Unterstützungen konnten zunächst nicht mehr ausgezahlt, Tausende von arbeits- und versicherungsrechtlichen Verfahren und Fürsorgesachen konnten nicht verfolgt werden. Die Regelung von strittigen Lohn- und Tariffragen konnte — weil alle Akten beschlagnahmt sind — nicht fortgeführt werden. Kurzum, die gesamte gewerkschaftliche Tätigkeit war unterbunden.

Es ist selbstverständlich, daß die verantwortlichen Gewerkschaftsstellen, in erster Linie die Bezirksleitung des ADGB, kein Mittel unversucht lassen durften, um das Nötige zu veranlassen. Bei allen in Frage kommenden behördlichen Stellen und auch bei den tatsächlichen Machthabern haben wir Verwahrung gegen die Beschlagnahme des durch jahrzehntelange Opfer der Arbeiterschaft geschaffenen gewerkschaftlichen Eigentums und gegen die Unterbindung der gewerkschaftlichen Tätigkeit eingelegt. Gleich nach der Berufung des Herrn v. Killinger zum Reichskommissar für Sachsen haben wir auch wiederholt mit ihm persönlich und täglich mit seinem Beauftragten über die Ermöglichung der gewerkschaftlichen Arbeit und die Freigabe der Gewerkschaftshäuser verhandelt. Nicht wegen des toten Inventars sind wir zu Herrn v. Killinger und seinem Beauftragten gegangen, trotzdem es das mühsam erworbene Eigentum der organisierten Arbeiter ist, und natürlich erst recht nicht wegen des persönlichen Schicksals der Angestellten. Das Ziel aller Verhandlungen war und ist die Wiederaufnahme der gewerkschaftlichen Arbeit im Interesse der Hunderttausende von Arbeitern, die von den besetzten Gewerkschaftshäusern aus betreut wurden: Um Unterstützungen anzufordern und die Tausende von Rechts- und Sozialversicherungssachen weiterverfolgen zu können, ersuchten wir zunächst um die Herausgabe des hierzu notwendigen Materials. Die meisten Gewerkschaften haben inzwischen für ein vorläufiges Unterkommen gesorgt, um wenigstens die notwendigsten Arbeiten in die Wege zu leiten.

Es ist uns von all den Stellen, mit denen wir verhandelt haben, versichert worden, daß die gewerkschaftliche Arbeit nicht behindert und die besetzten Gewerkschaftshäuser und -räume möglichst bald wieder freigegeben werden sollen. Bei den letzten Verhandlungen wurde uns die Freigabe für Mitte der eben begonnenen Woche in Aussicht gestellt unter der Voraussetzung, daß in den Gewerkschaftsbüros keine Tätigkeit für politische oder verbotene Organisationen ausgeübt wird. Die Fernhaltung von parteipolitischer Tätigkeit haben wir den Gewerkschaften bereits von uns aus empfohlen; denn darüber sind wir uns klar, daß die Gewerkschaften keine Tarnkappe für politische Organisationen sein können. Das ist kein Aufgeben, sondern eine erneute Betonung alter gewerkschaftlicher Grundsätze.

Die Gewerkschaften haben von jeher einen zähen und erfolgreichen Kampf um ihre organisatorische Selbstständigkeit und absolute Unabhängigkeit von politischen Parteien geführt. Die Enthaltung von parteipolitischer Betätigung ist kein Opportunismus gegenüber der gegenwärtigen Lage, sondern sie entspricht der bisherigen Haltung der Gewerkschaften. Dabei denken wir nicht daran, die bisherige Zusammenarbeit mit der SPD zu verlängern. Sie ergab sich zwangsläufig aus dem politischen System und der politischen Entwicklung. Noch viel weniger verlängern wir unsere sozialistische Zielsetzung, deren Richtigkeit heute mehr denn je durch die soziale und ökonomische Entwicklung bestätigt wird. Deshalb erwarten wir auch, daß die Führer und Funktionäre der Gewerkschaften ihrer freigewerkschaftlichen Grundeinstellung und Überzeugung treu bleiben werden, und wir nehmen an, daß auch der siegreiche Gegner mehr Achtung haben wird vor aufrechter Haltung und Überzeugungstreue als vor Gesinnungslumperei und Kriecherei.

### Schutz der ordnungsmäßigen Betriebsräte

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat am Mittwoch, dem 29. März, an den Reichsarbeitsminister Seldte folgendes Schreiben gerichtet:

In der Sorge, daß zahlreiche Betriebsräte ihre gesetzlich festgelegten Funktionen nicht mehr ausüben können, wenden wir uns zu Sie als dem zuständigen Ressortminister mit dem Ersuchen, dem Zustande der Willkür ein Ende bereiten zu wollen.

Die Betriebsräte, deren Amtsperiode im allgemeinen am 1. April 1933 abläuft, stehen unter einem ungeheuren Druck durch die neue Bewegung aktiv gewordenen Gruppen. Obwohl die Newakken überall im Reich eingeschrieben sind und entweder schon stattgefunden haben oder in den nächsten Tagen

stattfinden werden, zwingt man die Betriebsräte zum sofortigen Rücktritt unter Anwendung unerlaubter Mittel. In zahlreichen Fällen werden die Betriebsräte entgegen dem in den §§ 39, 41, 96/97 des Betriebsrätegesetzes festgelegten Schutze von diesen Gruppen gezwungen, ihre Ämter niederzulegen. Wer sich weigerte, wurde widerrechtlich von außerhalb der Staatsmacht stehenden Personen verhaftet und so lange festgehalten, bis er unterschrittlich den Verzicht auf sein Amt bestätigte. Außerdem mußte er sich verpflichten, keine gewerkschaftliche Liste mehr einzureichen.

Die Gewerkschaften ersuchen Sie, Herr Reichsarbeitsminister, um Schutz ihrer Mitglieder, die von den Belegschaften der Betriebe ordnungsmäßig zu Betriebsräten gewählt wurden. Die Betriebsräte haben in Ausübung der ihnen gesetzlich zustehenden Funktionen die Interessen der Arbeiter zu vertreten und die Wirtschaftlichkeit der Betriebe sicherzustellen. Dieser Tätigkeit sind sie in jahrelanger Übung und durch große Erfahrung gerecht geworden. Die Tätigkeit der Betriebsräte hat nichts mit Politik zu tun, so daß die Auffassungen über das Ausschalten jeder politischen Betätigung in Wirtschaft und Sozialpolitik bei den Betriebsräten nicht zur Anwendung kommen dürfen.

Wir sind bereit, zahlreiche Einzelfälle Ihnen mit Namen der Betriebsräte und der Firmen zur Verfügung zu stellen, wenn unsere Angaben näher begründet werden sollen.

### Betriebsräteverordnungen in Sachsen

Der Reichskommissar für das Land Sachsen hat unter dem 14. März eine Verordnung erlassen, durch die den kommunistischen Betriebsratsmitgliedern und -obmännern die Ausübung ihrer Betriebsratsfunktion untersagt wird. Die Verordnung (Sächsisches Gesetzblatt Nr. 4, Ziffer 13 vom 15. März) hat folgenden Wortlaut:

„Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 (Reichsgesetzblatt I, Seite 83) wird folgendes verordnet:

Zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung wird Mitgliedern der Betriebsräte und Betriebsobmännern, die der Kommunistischen Partei angehören, die Ausübung der Befugnisse aus der Betriebsrätewahl bis zur endgültigen Regelung untersagt.

Die Verordnung tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tag in Kraft.“

Durch eine zweite Verordnung vom 13. März ist die Durchführung der Wahlen zu den Betriebsvertretungen bis auf weiteres untersagt worden. Die Verordnung (Sächsisches Verwaltungsblatt Nr. 22, Ziffer 11 vom 17. März 1933) lautet:

„Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 (Reichsgesetzblatt I Seite 83) wird folgendes verordnet:

Zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung wird mit sofortiger Wirkung die Vornahme der Wahl von Betriebsratsvertretungen (Betriebs-, Angestellten- und Arbeiteräten) bis auf weiteres untersagt.“

In einigen Betrieben sind durch örtliche Stellen der NSDAP auch nichtkommunistische Betriebsräte für abgesetzt erklärt oder an der Ausübung ihrer Tätigkeit behindert und beschränkt worden. Hierbei handelt es sich um örtliche Übergriffe, die mit der Verordnung des Reichskommissars nicht in Einklang stehen und von ihm und dem kommissarischen Arbeitsminister auch nicht gebilligt werden. Aus der Verordnung geht ganz klar hervor, daß nur den Betriebsvertretungsmitgliedern, die der KPD angehören, die Ausübung ihrer Tätigkeit vorläufig untersagt worden ist. Sie bezieht sich also nicht auf andere Betriebsräte. Auch die Einsetzung von Kommissaren, die die Betriebsratsfunktion überwachen sollen, wird durch die Verordnung nicht gedeckt. In den Fällen, in denen der rechtmäßig gewählte Betriebsrat für abgesetzt erklärt und ein anderer eingesetzt worden ist, empfiehlt sich die Anrufung des Arbeitsgerichts auf Grund von § 93 BRG. Wenn mit der Absetzung auch Entlassungen von Betriebsratsmitgliedern verbunden sind, ist natürlich Leistungsklage beim Arbeitsgericht anzustrengen.

### Organisatorische Neugestaltung der gewerkschaftlichen Angestelltenbewegung

Am 28. März 1933 tagte im Industriebeamtenhaus zu Berlin eine erweiterte Vorstandssitzung des AFA-Bundesvorstandes, an der die Verbandsvorsitzenden aller dem Allgemeinen freien Angestelltenbund angeschlossenen Berufsverbände teilnahmen, um den Bericht über die für den Weiterbestand der Gewerkschaften erforderlichen Maßnahmen entgegen zu nehmen. Im Mittelpunkt der Erörterung stand das Bekenntnis zum Grundsatz des Kollektivvertrages, zur Unabhängigkeit gegenüber allen politischen Parteien und der feste Wille, auch für die Zukunft die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Angestellten mit unverminderter Kraft wahrzunehmen. Angesichts der politischen Lage ist der bisherige Bundesvorsitzende, Reichstagsabgeordneter Aufhäuser, auf eigenen Wunsch von seinem Amt zurückgetreten.

Gleichzeitig hat die Konferenz in Aussicht genommen, eine organisatorische Neuordnung mit dem Ziele anzustreben, daß das Schwergewicht in die einzelnen Berufsverbände verlegt werden soll. Zu diesem Zwecke ist aus dem Bundesvorstand ein Organisationsausschuß gebildet worden, der aus den Verbandsführern Handlungsgehilfe Otto Urban, Berlin, Werkmeister Hermann Buschmann, Düsseldorf, und Ingenieur Otto Schweitzer, Berlin, besteht. Bis zu der von der Reichsregierung geplanten Neuordnung des Gewerkschaftswesens wird der stellvertretende Bundesvorsitzende Wilhelm Stähr im Einvernehmen mit den Mitgliedern des Organisationsausschusses die Geschäfte des Allgemeinen freien Angestelltenbundes führen.

### Die Naturalhilfe

Bekanntlich hat die Reichsregierung beschlossen, an die Hilfsbedürftigen der Notstandsgebiete 40 000 Zentner Butter und 700 000 Zentner Roggen zu verteilen, womit am 1. April begonnen werden soll.

Wie der Fkf. Ztg. am 27. März aus Berlin gemeldet wird, bestimmen die Bezirksfürsorgeverbände und die Gemeinden der Notstandsgebiete den Kreis der Hilfsbedürftigen, die in den Genuß der Beihilfen gelangen. Das Reich hat inzwischen die 40 000 Zentner Butter aufgekauft und sie in Kühlhallen gelagert. Um Frachtkosten zu sparen, wird für die Unterverteilung der Buttermengen die Organisation der Winterhilfe eingeschaltet,

### Vom Vorstand

Telegrammschrift: Metallvorstand Berlin  
Fernsprecher: Dönhoff 6750-6753

Mit Sonntag, dem 9. April, ist der 15. Wochenbeitrag für die Zeit vom 9. bis 15. April 1933 fällig.

Mitglieder, die auf die Reise gehen oder den Arbeitsort wechseln, haben sich bei der Verwaltungsstelle ihres bisherigen Aufenthaltsortes unter Vorlage des Mitgliedsbuches abzumelden. Mitgliedsbücher, die diese Abmeldung nicht enthalten, können von keiner Verwaltungsstelle zur Anmeldung entgegengenommen werden, auch darf auf solche Mitgliedsbücher kein Reisegeld ausbezahlt werden. Bei Übersendung des Mitgliedsbuches an die frühere Verwaltungsstelle zum Zwecke der Abmeldung ist stets Rückporto beizulegen, auch dann, wenn diese Übersendung durch eine Verwaltungsstelle erfolgt. Die Portokosten gehen zu Lasten des betreffenden Mitgliedes.

### Gestohlen wurde:

Mitgliedsbuch Nr. 1 612 082, lautend auf den Werkzeugmacher Paul Scholze, geb. am 13. April 1886 in Dresden. (Berlin.)

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

der die Reichsbahn Frachtfreiheit zugestanden hat, während die Bezirksfürsorgeverbände nicht ohne weiteres Frachtfreiheit erhalten würden. An Ort und Stelle wird die Butter dann aus den Fässern in Einzelpartien verwogen und verpackt. Die Einzelpakete werden einen Stempel mit der Aufschrift „Reichshilfe“ erhalten, womit das Reich zugleich die Gewähr dafür erlangen will, daß tatsächlich die von der Reichsregierung aufgekaufte Buttermenge zur Verteilung gelangt. Die beim Umwiegen und Verpacken entstehenden Kosten hat der Unterstützungsempfänger zu tragen, doch handelt es sich dabei lediglich um einen Betrag von etwa 10 Pf. für das Pfund Butter.

Die 700 000 Zentner Roggen werden den Hilfsbedürftigen in Form erheblich verbilligten Brotes zur Verfügung gestellt. Hier läuft die Aktion so, daß die Bezirksfürsorgeverbände oder Gemeinden bei nahegelegenen Mühlen ein bestimmtes Roggenkontingent anfordern. Die Mühlen lassen auf ihre Kosten Bezugscheine herstellen, die an die Hilfsbedürftigen verteilt werden. Mit diesen Gutscheinen geht der Hilfsbedürftige zu irgend einem Bäcker, der ihm das verbilligte Brot ausbäckt. Vollkommen kostenfrei kann das Brot deshalb nicht sein, weil bei der Umwandlung des von der Reichsregierung zur Verfügung gestellten Roggens in Brot naturgemäß Kosten entstehen, insbesondere der Bäckerlohn. Allerdings haben die Bäckereigenossenschaften sich bereit erklärt, die Backkosten im Rahmen dieser Aktion um 10 vH zu senken. Der Hilfsbedürftige wird das Brot auf seinen Gutschein dabei für etwa die Hälfte des Ladenpreises erhalten können.

Die Hilfsaktion wird sich über einige Wochen erstrecken; die Ausgabe der verbilligten Nahrungsmittel soll in zwei Raten erfolgen.

### Was sind „marxistische Elemente“

Das Städtische Nachrichtenamt von Berlin teilt mit:

Der Magistratsdezernent für das städtische Gesellschaftswesen, Staatskommissar Bürgermeister Dr. Maretzky, hatte vor etwa einer Woche angeordnet, daß zur Beseitigung von marxistischen Elementen, die der nationalen Erhebung feindselig gegenüberstünden, von der Möglichkeit der fristgemäßen Kündigung, insbesondere am 1. April 1933, Gebrauch zu machen sei. Mit Rücksicht auf Zweifel, die bei der Ausführung dieser Anordnung entstanden waren, ist nunmehr folgende Ergänzungsanordnung getroffen worden:

„Als marxistische Elemente, die der nationalen Erhebung feindselig gegenüberstehen, sind anzusehen:

1. Angehörige der Kommunistischen Partei und frühere Funktionäre dieser Partei.
2. Angehörige der Sozialdemokratischen Partei, die sich entweder als Funktionäre der Partei oder als Funktionäre der marxistischen Gewerkschaften betätigt haben bzw. sich noch betätigen oder aber durch ihr sonstiges Verhalten zu erkennen gegeben haben, daß sie Wortführer oder Vorkämpfer des Marxismus sind.

Dagegen fallen einfache Angehörige der SPD, die offenbar innerlich für die nationale Sache gewonnen werden können, nicht unter die erwähnte Anordnung.“

### Bochumer Gewerkschaftshaus wieder frei

Unter dieser Überschrift brachten wir in Nr. 11 eine Meldung, die der Tagespresse entnommen war. Hierzu sind uns zwei im Kern gleichlautende Berichtigungen zugegangen, wovon wir einen gern Raum geben. Sie lautet:

„Die Meldung über das Bochumer Gewerkschaftshaus entspricht in einem wesentlichen Punkte nicht der Wahrheit, nämlich, die Freigabe des Gewerkschaftshauses wurde nicht an Bedingungen geknüpft. Der Tatbestand ist folgender: Der Standartenführer V. in Bochum hatte während der Besetzung des Gewerkschaftshauses einen Aufruf in der Presse der NSDAP erlassen, worin er uns Gewerkschaftsangehörige aufzuforderte, die Arbeit aufzunehmen unter der Bedingung, wie sie in Nr. 11 der MZ steht. Das wurde von den Angestellten einmütig abgelehnt. Bei einer zweiten Verhandlung, wo der Vorstand des Bergarbeiter-Verbandes mit dem Standartenführer verhandelte, wurde die Vereinbarung getroffen, daß das Gewerkschaftshaus und die Büroräume des DMV bedingungslos geräumt würden, weil Husemann (der Vorsitzende des Bergarbeiter-Verbandes) die ehrenwörtliche Erklärung abgab, daß keinerlei parteipolitische Arbeiten verrichtet würden. Wir kamen am 21. März, morgens 8 Uhr, ins Gewerkschaftshaus. Daraufhin wurde die Hakenkreuzfahne und die im Büro des DMV stationierte Wache eingezogen, die dann abrückte. Wir arbeiten also ohne Kontrolle und ohne Überwachung.“

### DIE METALLARBEITER-ZEITUNG

gründlich lesen, dann weitergeben  
an Unorganisierte und Gleichgültige  
Werbt mit Eurer Zeitung für Eure Sache

## Die Gewerkschaften

(Fortsetzung von Seite 74)

den Gesamtverlauf des Erdenwandels des arbeitenden Menschen. Diese weitgesteckten Ziele der Gewerkschaften werden teils durch eigene Einrichtungen, teils durch ihre sozialpolitischen Bestrebungen erreicht. Durch ihre eigenen Einrichtungen, durch Unterstützungen verschiedenster Art, durch Rechtsschutz in allen Fällen des Arbeitslebens, bringen die Gewerkschaften dem Arbeiter unmittelbar wirksame Hilfe in den Nöten des Daseins und in materiellen Sorgen des täglichen Lebens, und der Umkreis ihrer sozialpolitischen Bestrebungen erstreckt sich vom Mutterschutz bis zur Versorgung der arbeitsfähigen Alten.

„Die Gewerkschaften umschließen mit dieser Tätigkeit das Leben des einzelnen Arbeiters in seiner Totalität, sie geleiten mit ihrem Wirken das Schicksal der Arbeiterklasse von Generation zu Generation. Sie gaben damit dem wirtschaftlich Schwachen, der vereinzelt in der Welt des wirtschaftlichen Wettkampfes hilflos dastand, Halt und Zuversicht; sie schufen der Masse, die abseits vom Strom des geschichtlichen Lebens der Nation, nur als Objekt öffentlichen Geschehens, in den Industriequartieren verloren lebte, eine Heimat im Kreise des Berufes; sie ebneten damit den Pfad, auf dem der aus jeder Bindung an Boden und Tradition gelöste Proletarier, der besitzlose Bewohner dunkler großstädtischer Hinterhäuser, hinfinden konnte zur Heimat des Volkes.“ (Leipart, Gewerkschaftszeitung Nr. 8/1933 S. 114.)

Erst wer sich die Wirksamkeit der Gewerkschaften in diesem weiten Umfange vergegenwärtigt, begreift ihre tiefe Verwurzelung in der Millionenzahl der werktätigen Bevölkerung. Störungen im Umkreise der gewerkschaftlichen Tätigkeit übertragen sich sofort auf zahlreiche Familien des arbeitenden Volkes und machen sich geltend als gesteigerte Lebensunsicherheit. Die Gewerkschaften bedürfen für wahr keiner besonderen Einordnung. Sie sind gewachsene Glieder des Volkslebens, mit tausend Nervenfasern organisch gebunden an das Ganze, in ihrem eigenen Dasein auf Gedeih und Verderb abhängig vom Schicksal der Nation. Das haben sie oft bekannt und immer wieder durch die Tat bewiesen.

### VI.

Eine besondere Aufgabe der Gewerkschaften ist ihre Sorge für die Arbeitslosen. Auch diese brennende Not teilen sie, indem sie wiederum den inneren Gesetzen ihres Eigenlebens gehorchen, mit dem ganzen Volke. In Übereinstimmung mit der ganzen Nation muß es das Ziel der Gewerkschaften sein, den Arbeitsmarkt zu entlockern. Im Zuge ihrer Bestrebungen liegt daher eine leistungsfähige, gut beschäftigte Wirtschaft, die allen Arbeitern lohnende Beschäftigung gibt, allen Volksgenossen eine angemessene Lebenshaltung sichert. Bei diesem Bestreben ist das Augenmerk der Gewerkschaften in gleicher Weise auf den Binnenmarkt wie auf die Ausfuhr, auf die Industrie wie auf die Landwirtschaft und auf ein gesundes Gleichgewicht in der Wahrung der Interessen dieser großen Zweige des deutschen Wirtschaftslebens gerichtet. An der Entfaltung eines kaufkräftigen Binnenmarktes sind sie selbst durch die Lohnbildung aktiv beteiligt; dem Export gilt ihre Aufmerksamkeit, weil er zahlreichen industriellen Betrieben in Deutschland Aufträge gibt; in der Landwirtschaft sehen sie den Kunden des Industriearbeiters, den Abnehmer seiner Produkte und den Lieferanten seiner Lebensmittel. In der Region gewerkschaftlichen Wirkens und Denkens begegnen einander vielschichtige Interessen verschiedener Kreise des Volkes; von der zentralen Aufgabe der Gewerkschaften her breiten sich ihre eigenen Interessen nach allen Seiten aus. Ihre zentrale Aufgabe setzt die Gewerkschaften in Beziehungen zu zahlreichen Volksschichten, die Verfolgung ihres ursprünglichen Zweckes zwingt sie, Lebenskreis und Lebensbedürfnis dieser Schichten objektiv zu würdigen.

Auch von dieser Seite gesehen zeigt sich die weitreichende Verknüpfung des Wirkens der Gewerkschaften mit dem vielgestaltigen Leben eines großen Wirtschaftsvolkes. Wir wiederholen: Die Gewerkschaften bedürfen keiner Einordnung. Wie sie der freiwilligen, aus eigenem Entschluß zur Wahrung der Interessen der Arbeiter entsprungene tarifliche Vereinbarung mit den Unternehmern stets „den Vorzug vor Zwangstarifen“ gegeben haben, so konnten sie auch jetzt freimütig erklären, sie seien bereit, auf diesem Wege des freiwilligen Entschlusses „im Sinne einer Selbstverwaltung der Wirtschaft auch über das Gebiet der Lohn- und Arbeitsbedingungen hinaus dauernd mit den Unternehmerorganisationen zusammen zu wirken“. Und sie konnten hinzufügen: „Eine staatliche Aufsicht über solche Gemeinschaftsarbeit der freien Organisationen der Wirtschaft könnte ihr unter Umständen durchaus förderlich sein, ihren Wert erhöhen und ihre Durchführung erleichtern“ (Erklärung des ADGB vom 20. März 1933.) — weil auch für eine in dieser Weise ausgebaute Institution Ansatzpunkte in bestehenden Einrichtungen vorliegen. Wie in den Tarifgemeinschaften die Voraussetzungen für ein Zusammenwirken der Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer von jeher gegeben waren, so sehen wir im Aufbau des Reichswirtschaftsrates und in den Plänen zur Gestaltung regionaler Gemeinschaftsorgane der Wirtschaft die Ansätze zu einem Zusammenwirken der Staatsgewalt mit den freien Organisationen der Wirtschaft. Die Gewerkschaften beanspruchen für ihr Dasein und Wirken im Volksganzen kein Monopol. „Über der Form der Organisation steht die Wahrung der Arbeiterinteressen.“ Jedoch: Eine wahre Gewerkschaft kann sich, wenn sie alle hier aufgeführten Aufgaben erfüllen und der Gefolgschaft der Arbeiter bei all ihrem Tun gewiß sein soll, „nur auf freiwilligen Zusammenschluß der Mitglieder gründen, sie muß von den Unternehmern ebenso wie von politischen Parteien unabhängig sein“.

Der Weg der Gewerkschaft seit den Tagen ihrer Entstehung ist der Weg von individualistischer Vereinzelung und Willkür zu organischer Gliederung und Ordnung. Ein Bruch in dieser Entwicklung müßte weithin Wirrisstüften und Lebensunsicherheit verbreiten.

## Die internationale Arbeitslosigkeit

### Sie steigt noch weiter

Das Frühjahr bringt erfahrungsgemäß eine gewisse Belebung der Wirtschaft durch die beginnende Saisonarbeit. Auch in diesem Jahre hat sich eine Entlastung des internationalen Arbeitsmarktes bemerkbar gemacht, wenngleich eine durchgängige Belebung der Wirtschaft bisher noch nicht festzustellen ist. Im Gegenteil sind die Produktionsmittelindustrien noch tiefer in den Strudel der Wirtschaftskrise hineingerissen, so daß auch Auswirkungen auf die reine Verbrauchsgüterindustrie nicht ausblieben. Es findet kaum noch ein Wechsel in den Betrieben statt, so daß Millionen von Menschen schon jahrelang arbeitslos sind. In den Vereinigten Staaten sind nach den neuesten Statistiken von etwa 50 Millionen Beschäftigten 15 Millionen, das sind etwa 31,2 vH, arbeitslos. Diese Statistik umfaßt zum erstenmal alle in der Wirtschaft beschäftigten Leute, also sowohl die Landwirtschaft, wie auch Industrie und Handel und die in den öffentlichen Betrieben Beschäftigten. In den Produktionsmittelindustrien liegt der Satz der Arbeitslosen wesentlich höher. Im Bergbau sind 45,2 vH, in der Industrie 46,2 vH der Leute ohne Arbeit. Einige Erwerbsgruppen sind besonders hart getroffen, so das Baugewerbe mit 80,3 vH, der Fahrzeugbau mit 57,7 vH und das Holzgewerbe mit 53,7 vH Erwerbslosen.

Der Lohn der noch in Arbeit Stehenden ist durch die Krise sehr stark betroffen. Von November 1929 bis November 1932 sind durchschnittlich die Stundenlöhne um 21,1 vH zurückgegangen. Die Wochenverdienste sind durch die durchgängige Verkürzung der Arbeitszeit noch wesentlich tiefer gesunken. In der verarbeitenden Industrie sank der Wochenlohn für den angegebenen Zeitraum um 37,9 vH, in der Eisen- und Stahlindustrie um 43,3 vH, in der Elektroindustrie um 46,4 vH und im Maschinenbau um 48,6 vH. Die Reallohnne lagen Ende 1931 noch um 51,4 vH über Vorkriegsstand, heute dagegen nur noch um 7,6 vH. Damit hat die soziale Bewegung in Amerika eine Spannung erreicht, die nicht ohne durchgreifende Maßnahmen zu beheben sein wird, da zu berücksichtigen ist, daß selbst bei einem Ansteigen der Konjunktur Millionen von Arbeitern infolge der Rationalisierung einen Arbeitsplatz nicht wieder erhalten werden.

Die Maßnahmen, die sich auf geringfügige Unterstützung der Arbeitslosen und die Zurverfügungstellung von Krediten für öffentliche Arbeiten erstrecken, müssen stark ausgedehnt werden, um dieser Entwicklung entgegenzuarbeiten. Als erschwerender Faktor tritt der ungeheure Fehlbetrag der öffentlichen Haushalte auf, da dadurch einmal die notwendigen Gelder fehlen und zum anderen die Gefahr besteht, daß durch Einsparungen die Arbeitslosigkeit noch weiter verschärft wird.

Wie uns unterm 18. März aus Washington berichtet wird, haben die beiden Häuser des Kongresses mit starken Mehrheiten das Spargesetz (economy bill) des Präsidenten Roosevelt angenommen. Das Gesetz ermächtigt den Präsidenten, die Löhne der Bundesangestellten (um 15 vH) sowie die Bezüge der Kriegsinvaliden zu kürzen. Die Summe der Herabsetzung der Angestelltenlöhne wird auf 125 Millionen im Jahr, die Herabsetzung der Invalidenrenten auf 400 Millionen Dollar geschätzt. Als der Beschluß des Kongresses die New Yorker Börse erreichte, schnellte der Kurs der Wertpapiere mächtig in die Höhe, und zwar um rund 3500 Millionen Dollar.

Auch in England ist die Arbeitslosigkeit noch nicht zurückgegangen, während sich die Tendenz zum Lohnabbau stärker bemerkbar macht. Besonders die Textilindustrie und Eisenindustrie versuchen durch teilweisen Lohnabbau die Rentabilität zu verbessern. Auf der anderen Seite besteht die Gefahr, daß auf Grund der Steigerungen der Lebenshaltungskosten infolge der Wirtschaftspolitik Englands eine Herabdrückung der Reallohnhöhe erfolgt. Die Umgestaltung der Arbeitslosenversicherung berücksichtigt die Forderung der Gewerkschaften nicht, so daß von hierher Unruheherde entstehen. Bisher wurde eine planmäßige Arbeitsbeschaffung in England von der öffentlichen Hand noch nicht in Angriff genommen, sondern die Regierung hat geglaubt, daß auf Grund der Durchführung ihres Wirt-

schaftsprogramms eine Entlastung des Arbeitsmarktes erfolgen würde. Der Generalrat des britischen Gewerkschaftsbundes mußte daher immer wieder auf die Notwendigkeit einer öffentlichen Arbeitsbeschaffung hinweisen, um den notleidenden Erwerbsgruppen, die seit Jahren unter der Geißel der Arbeitslosigkeit leiden, zu helfen.

Am 5. Februar fanden in ganz England Demonstrationen der Gewerkschaften, der Parteien und Genossenschaften statt, um auf die unumgänglich notwendige Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand hinzuweisen. Für einige Industrien sind Kredite zur Verfügung gestellt, um Arbeitsstellen zu schaffen. Die Sparpolitik in den öffentlichen Haushalten hat dazu geführt, daß Hunderttausende von Arbeitern von den öffentlichen Betrieben entlassen werden mußten und daß die Bauwirtschaft weiterhin sich verschlechterte.

Zwar hat in Frankreich die Arbeitslosigkeit ein bedrohliches Ausmaß auch jetzt noch nicht erreicht, weil einmal durch die Abschiebung der ausländischen Arbeiter und zum anderen durch eine durchgängige Verkürzung der Arbeitszeit die Entlassung von Arbeitern verhindert wurde. Immerhin aber wirken sich die Folgen der Wirtschaftskrise auch in Frankreich in bedeutsamer Weise aus. Die französischen Unternehmerverbände laufen gegen die Sozialversicherungseinrichtungen Sturm, um eine finanzielle Belastung zu vermeiden. Versuche zum Lohnabbau sind sehr häufig festzustellen und haben auch in einigen Industrien zu offenen Arbeitskämpfen geführt. So streikten in Armentières 6000 Weber über einen Monat, um den Lohnabbau zu verhindern. Das Defizit im französischen Haushalt führte zu dem Versuch, es auf Kosten der Beamten auszugleichen. Es ist jedoch gelungen, nicht zum letzten durch einen Proteststreik der Beamten.

Ebenfalls wurde von den österreichischen Eisenbahnbeamten ein zweistündiger Proteststreik erklärt, um die jetzt schon unerträglich niedrigen Löhne zu schützen oder um gegen den geplanten Abbau der Pensionen zu protestieren. Der Eisenbahnbetrieb hat während dieser zwei Stunden fast vollständig geruht. Die soziale Lage in Österreich hat einen bedrohlichen Tiefstand erreicht, da das kleine Land in besonderem Ausmaß unter den Störungen der Weltwirtschaft zu leiden hat.

Auch in der benachbarten Tschechoslowakei ist die Arbeitslosigkeit weiter gestiegen und dürfte heute etwa 1 Million Personen umfassen. Das Gesetz über die 40-Stunden-Woche ist immer noch nicht verabschiedet, da die reaktionären Kräfte alles tun, um es zu verhindern. Die produktive Arbeitslosenunterstützung soll ausgebaut werden, andererseits soll eine genügend hohe geldliche Unterstützung für alle diejenigen gesichert werden, denen kein Arbeitsplatz verschafft werden kann. Die Arbeiter jedenfalls, sowohl die Gewerkschaften wie auch die Partei, drängen auf die Verabschiedung des Gesetzes, um eine gleichmäßigere Verteilung der vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten durchzuführen. Es ist zu hoffen, daß die Verabschiedung des Gesetzes und seine Verwirklichung in der Praxis der ganzen Welt zeigt, daß die allgemeine Einführung der 40stündigen Arbeitswoche sehr wohl ein Mittel ist, um die sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit zu mildern.

In Polen sind mehrere große Arbeitskämpfe ausgebrochen, da selbst die noch Arbeitenden ein solches Hungerdasein führen, daß es einfach unmöglich ist, einen weiteren Lohnabbau vorzunehmen. Mit dem Mut der Verzweiflung wehren sich die Proletarier, um wenigstens einen Rest von Existenzmöglichkeit zu retten. In Lodz streikten 40 000 Textilarbeiter in 170 Betrieben, denen sich 5000 Arbeiter der Kunstseidefabriken anschlossen. Ebenfalls wurde in Kattowitz der Streik angekündigt, falls nicht innerhalb 24 Stunden die androhte Kündigung zurückgezogen wird. Mehrere große Kohlenbergwerke haben der Belegschaft gekündigt, weil eine Verdienstmöglichkeit nicht mehr gegeben sei. Die Arbeitskämpfe werden mit großer Erbitterung ausgeführt, und man kann von Hungernden nicht erwarten, daß sie sich von Ausschreitungen fernhalten.

## Margarine als Profitquelle

Margarine wird teils aus tierischen, teils aus pflanzlichen Rohstoffen hergestellt. Die Rezepte der Fabriken sind im Grunde gleich, schwanken aber nach Art des Betriebes. Die Ernährungswissenschaft setzt die Margarine im Nährwert der Butter gleich. Unterschiede bestehen nur hinsichtlich des Geschmacks und des Vitamingehaltes, worin die natürliche Butter der Kunstbutter überlegen ist. Das hindert aber nicht den Siegeszug der Margarine, die für weniger Geld als Butter verkauft wird. Für den Arbeitslosen, die kinderreiche Familie, den schlecht-bezahlten Angestellten, den kurzarbeitenden Facharbeiter ist Margarine eben der einzig mögliche Brotaufstrich. Der Ruf: Eßt deutsche Butter! schallt an seinen Ohren solange vorbei, wie der Lohn niedrig und die Kaufkraft gering ist. Aus der Not der Zeit zieht darum die Margarineindustrie viel Vorteil.

Ein Beweis dafür ist, daß die Margarineindustrie im Jahre 1932 rund eine Milliarde Pfundpakete Margarine hergestellt hat. Was daran verdient wird, berichtet beispielsweise die Van den Berghs Margarine AG, Berlin. Die Gesellschaft hat 1932 die für die Margarineherstellung benötigten vegetabilischen Öle und Fette in inländischen Ölfabriken herstellen und veredeln lassen. Der Umfang der Erzeugung hielt sich ungefähr auf der Höhe des Vorjahres. Im Absatz zeigte sich eine Verschiebung des Konsums zu den billigen Sorten hin. Der Bruttogewinn beträgt 3 630 000, der Reingewinn 1 257 000 M. Die zur Verteilung kommende Dividende beträgt nicht weniger als 10 vH.

Die Bilanz dieser Firma zeigt zum Teil eine sehr erhebliche Erhöhung der Posten gegenüber dem Vorjahre. Dies erklärt sich daraus, daß die Van den Berghs Margarine AG als Konzernabrechnungsstelle für sämtliche angeschlossenen Firmen dient. Infolge des Stillhalteabkommens konnten einige Schuldbeiträge nicht zurückgezahlt werden. Das Grundkapital beträgt 15 Mill. M.

Gleichartige Betriebsverhältnisse verzeichnet die Deutsche Jurgens-Werke AG, Hamburg. Der Umfang des Margarineabsatzes hielt sich im Jahre 1932 ungefähr auf der Höhe des Vorjahres. Jedoch konnte auch diese Firma hierbei eine weitere erhebliche Verschiebung des Konsums zu den billigeren und billigsten Sorten feststellen. Die Gesellschaft bezeichnet die Bevorzugung der Landwirtschaft als eine volkswirtschaftliche Gefahr. Von den 4,7 Mill. M. Betriebserträgen sind 1 843 000 M. Reingewinn, was nicht weniger als 39 vH ausmacht. Aus dieser großen Summe erhielten die Besitzer der Vorzugsaktien 6 vH Dividende, die Inhaber der Stammaktien 10 vH. Das Grundkapital beträgt 14 Mill. M. Die Gesellschaft konnte außerdem hohe Beträge zurücklegen, ist also finanziell ein sehr gesundes Unternehmen. Wie die Dinge liegen, wird der Margarineprofit auch fernerhin gesichert sein. Silberhell.

## v. Papen für Erhaltung echter Volksrechte

Der Vizekanzler v. Papen sprach kürzlich in Breslau. Aus seiner Rede sind folgende Stellen wert, festgehalten zu werden: „Wir wollen die Volksgenossen von der Reinheit unseres Willens zu überzeugen versuchen. Rache ist ein Gefühl, das weder eines vornehmen Menschen, noch eines wahren Staatsmannes würdig ist. Der wahre Führer bindet die Kräfte seines Volkes an den Staat. Er hält sie weder mit Gewalt nieder,

noch duldet er ihre Zersplitterung. Mit ganz besonderem Ernst möchte ich an alle Mitkämpfer der nationalen Bewegung die Bitte richten, bei jedem notwendigen Kampftage zu prüfen, ob nicht persönliche Gefühle, die jenseits der Politik liegen, die Klarheit des Blickes oder die Reinheit des Willens etwa trüben. Die Revolution ist uns Herzenssache, auf die kein Schatten irgendeiner Würdelosigkeit fallen darf! ... Was im Lager derer, die sich heute von der deutschen Revolution und vom Staate ausgeschlossen fühlen, wertvoll ist, wollen wir in den deutschen Neubau hinüber retten. Niemand soll glauben, daß wir die echten Volksrechte antasten werden, und daß wir zerschlagen werden, was die deutsche Arbeiterschaft in gesunder Selbstverwaltung aufgebaut hat. Der Staat soll über den lebendigen Kräften des Volkes als letzte Autorität thronen. Wir haben nicht deshalb den Kampf gegen den Bolschewismus aufgenommen, um ihn in einer andern Form selber durchzuführen. Die Achtung vor dem Nächsten darf in revolutionären Zeiten nicht leiden.“

## Die daniederliegende Produktionsgütererzeugung

Die Erzeugung von Produktionsgütern ist, wie wir dem Vierteljahrsheft für Konjunkturforschung entnehmen, seit 1929 um rund 70 vH gesunken und hat somit einen ganz außerordentlichen Tiefstand erreicht, der allerdings im letzten Jahr keine wesentlichen Schrumpfung mehr erfuhr. Von einer Aufwärtsbewegung konnte jedoch erst recht nicht die Rede sein, denn seit Oktober bis Januar waren die Produktionsziffern wieder rückläufig. Dem Werte nach sind die Grund- und Halbstoffe von 14,5 auf 5 Milliarden abgesunken, davon Eisen und Metalle von 7,5 auf 2,3, Steine und Erden von 2,4 auf 0,6 Milliarden. Noch stärker war der Rückgang bei den Fertigwaren der Produktionsgüterindustrie. Hier verminderte sich der Wert der erzeugten Güter im besprochenen Zeitraum von 20 auf 6,2 Milliarden M. Im einzelnen erlitten die Eisen-, Stahl- und Metallwaren einen Rückgang von 2 auf 0,7 Milliarden, die elektrotechnische und feinmechanische Erzeugung von 3,8 auf 1,5, der Maschinen- und Fahrzeugbau von 5 auf 1,8 Milliarden M.

## Der Rücktritt Prof. Wagemanns

Der Leiter des Statistischen Reichsamts und des Instituts für Konjunkturforschung, Prof. Wagemann, und sein Stellvertreter Dr. Wohlmannstätter sind plötzlich beurlaubt worden. Diese Maßnahme wird damit begründet, daß in wirtschaftspolitischen Fragen zwischen dem Reichswirtschaftsminister Dr. Hugenberg und Wagemann keine Übereinstimmung mehr bestanden habe. Wagemann soll sich der Zusammenlegung des Statistischen Reichsamts und des Preussischen Statistischen Landesamts widersetzt haben, was allerdings von ihm bestritten wird. Wie dem aber auch sei, ein befähigter Mann auf dem Gebiete der Konjunkturforschung ist beurlaubt worden. Vielleicht kann man die Beurlaubung darauf zurückführen, daß die planwirtschaftlichen Gedankengänge Wagemanns mit den Gedanken des Reichswirtschaftsministers nicht übereinstimmen. Wagemann stand zuletzt durch seine Anschauungen über die Autarkie und die Ausweitung der Kreditwirtschaft der Rechten sehr nahe.

